

## Der Landkreistag erwartet angesichts eines weiterhin angespannten Wohnungsmarktes die Einhaltung von Zusagen der Landesregierung: 10.000 Plätze in den Landesunterkünften sind der „Puffer“, den die Kommunen dringend brauchen.

Mit Unverständnis reagiert der Vorstand des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages auf die Ankündigung von Integrationsministerin Aminata Touré, die Kapazitäten der Landesunterkünfte für Geflüchtete zu reduzieren.

*„Die Ministerin stellt damit die wesentliche Zusage aus dem vergangenen Oktober, die Zahl der Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf 10.000 zu erhöhen, infrage. Es ist nicht nachvollziehbar, dass ein Abbau angekündigt wird, weil die Zahl der Geflüchteten im ersten Quartal 2024 gegenüber dem ersten Quartal 2023 von 2.000 auf 1.500 Personen gesunken ist“,* so der Landrat **Dr. Henning Görtz**, Vorsitzender des Landkreistages, nach einer Klausurtagung des Vorstandes in Hohwacht.

Dass die Ministerin aus dieser Entwicklung für sich interpretiere, die Zahlen seien „supergering“, kann man in diesem Zusammenhang nur als zynisch bezeichnen. *„Wie soll eine solche Aussage von den Kommunen aufgefasst werden, die Tag für Tag versuchen, in einem angespannten Wohnungsmarkt Quartiere zu finden bzw. neue zu erstellen und die Menschen in die Gemeinschaft vor Ort zu integrieren?“*, so **Görtz** weiter.

Der Abbau von Kapazitäten zeuge zudem von wenig Weitblick. *„Angesichts der unsicheren Lage in vielen Teilen der Welt ist es absehbar, dass Flüchtlingsunterkünfte weiterhin vorgehalten werden müssen. Wenn man also Landeskapazitäten abbaut, verlagert man das Problem gezielt auf die Kreise, Städte und Gemeinden. Das ist so nicht akzeptabel.“*, ergänzt **Ute Borwieck-Dethlefs**, Kreispräsidentin des Kreises Dithmarschen und stellvertretende Vorsitzende des Landkreistages.

Die Plätze in der Landesunterkunft seien ein dringend benötigter „Puffer“, der den Kommunen Luft verschafft. Schon die vorübergehende Unterbringung sei eine große Herausforderung, da die verfügbaren Plätze angesichts der angespannten Lage am Wohnungsmarkt längerfristig belegt seien. Die weitaus größere Herausforderung sei es aber dauerhaften Wohnraum zu schaffen.

Der Vorstand des Landkreistages fordert daher von der Landesregierung, ihre Zusage einzuhalten, landesweit eine Kapazität von 10.000 Plätzen vorzuhalten. *„Das ist bedarfsgerecht, schafft Verlässlichkeit und stärkt ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Land und Kommunen, auf das beide Seiten dringend angewiesen sind“,* so **Hans-Jörg Lüth**, Mitglied des Kreistages Rendsburg-Eckernförde und stellvertretender Vorsitzender des Landkreistages abschließend. *„Daneben muss das Land aktiv werden, um den Herausforderungen am Wohnungsbau insgesamt zu begegnen: hierzu erwarten wir konkrete Antworten von der angekündigten Integrationsstrategie“.*